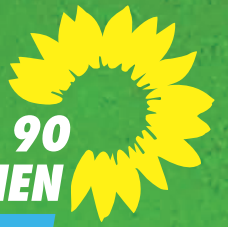


GRÜN DO

GRÜNE in Dortmund

ZUSAMMEN IST ES
NRW.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



**SVENJA
NOLTEMEYER.**

**ULRICH
LANGHORST.**

**BARBARA
BRUNSING.**

**MUSTAPHA
ESSATI.**

**VIELFALT FÜR
DORTMUND!**

Nr.22
A P R
2017

WWW.GRUENE-DORTMUND.DE

Liebe Freundinnen und Freunde,



*herzlich Willkommen im Wahlkampf!
Ich möchte Euch motivieren, uns zu unterstützen. Wir GRÜNE kämpfen für Offenheit, Vielfalt und Solidarität. Diese Werte werden zur Zeit nicht nur infrage gestellt, sondern auch von Populisten bedroht.*

Populismus ist ein Gift, das langsam und anfangs unbemerkt in unsere Gesellschaft eindringt, in unsere Sprache und in unsere bewährten gesellschaftlichen Strukturen. Es werden verbal Grenzen überschritten, die jahrelang selbstverständlich und allgemeingültig waren. Menschenfeindliche, diffamierende Begriffe werden auch in den Medien viel zu oft unkritisch übernommen und dadurch legitimiert. Der öffentliche Diskurs verschiebt sich nach rechts. Dieser Prozess setzt sich in den sozialen Netzwerken fort und wächst sich zu strafrechtlich relevanter Hetze und Bedrohung aus.

Demokratische und soziale Errungenschaften unserer Gesellschaft sind da bedroht, wo sie Risse aufweist. Das Gift dringt genau dort ein, wo soziale Ungerechtigkeiten die Spaltung der Gesellschaft vorantreiben und Menschen zurückbleiben.

Für uns GRÜNE gilt es, dort wo wir es können, populistische und menschenfeindliche Phrasen zu entlarven und ihnen mit sachlichen Argumenten entgegen zu treten.

Aber wir müssen auch verdeutlichen, dass wir gegen die soziale Spaltung der Gesellschaft aktiv sind.

Felix Banaszak (Kreisverband Duisburg) stellte in seiner Rede auf dem Parteitag im November genau die richtige Frage: „Wenn du nicht weißt, auf welcher Seite der Mauer du geboren wirst – wie hoch würdest du sie bauen?“

Danke dafür! Meiner Meinung nach trifft diese Frage einen Kern dessen, wofür GRÜNE Politik steht, und aus ihr ergeben sich weitere Fragen: Wenn Du nicht weißt, wie viel Deine zukünftigen Eltern verdienen werden – wärs Du für Studiengebühren? Wenn Du nicht weißt, ob Du mal auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sein wirst – wie hoch würdest Du die Hürden für diese Unterstützung ansetzen?

Wir haben die Studiengebühren ab-geschafft. Wir stehen für den sozialen und ökologischen Wandel. Wir haben dafür gekämpft, Chancen zu eröffnen und Raum für gesellschaftliche Vielfalt zu schaffen. Wir wissen, dass mit jeder Mauer und jeder Hürde, die aufgebaut werden, unsere Gesellschaft ein Stückchen unsicherer wird und ein bisschen mehr auseinanderbricht.

Lasst uns Hürden abbauen, Mauern einreißen, gesellschaftliche Risse mit dem Kitt aus Solidarität, Mut und Tatkraft schließen. Lasst uns dem Gift des Populismus keinen Raum geben. Lasst uns einen starken Wahlkampf machen!

Eure Katja Bender

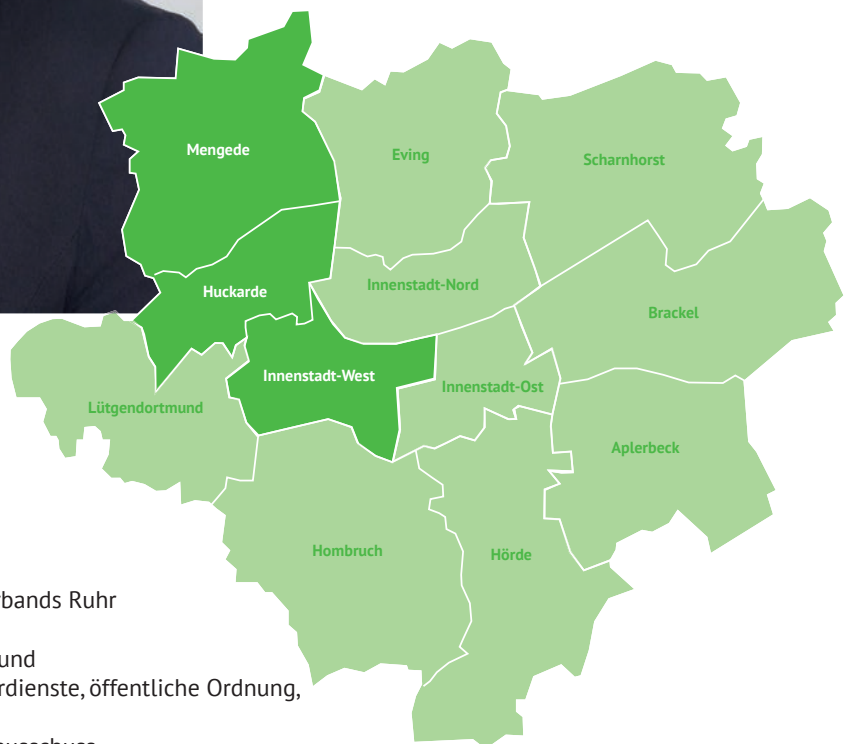
Katja Bender

**Katja Bender ist Sprecherin
des Kreisverbands Dortmund.**

Inhalt

	SEITE
VORWORT Katja Bender	2
Landtagswahl: SVENJA NOLTEMEYER	4
Landtagswahl: ULRICH LANGHORST	6
Landtagswahl: MUSTAPHA ESSATI	8
Landtagswahl: BARBARA BRUNING	10
Landtagswahl: SYLVIA LÖHRMANN	12
Markus Kurth: Brief aus Berlin HARTZ IV - EIN TRAUERSPIEL	13
GRÜNE IDEEN FÜR EIN GESÜNDERES LEBEN Was bedeuten die GRÜNEN Landesziele für Dortmund?	14
VIDEOÜBERWACHUNG: SO NICHT! Überzogene Sicherheitsaktion der Stadt in der Brückstraße	16
DAS INTERESSIERT DOCH NIEMANDEN Die neue Internetseite und Social Media der Dortmunder GRÜNEN	16
DAS URGESTEIN DES GRÜNEN INTERNETS IN DORTMUND Heinz Schröder geht	17
Grüne Gesichter: JUSTUS BENKE	18
WELT RETTEN - WAHL-AG	18
AUFNAHMEANTRAG	19
KONTAKT, TERMINE & IMPRESSUM	20

Landtagswahlkreis 111
Dortmund I
Huckarde
Innenstadt-West
Mengede



SVENJA NOLTEMEYER

36 Jahre, Dipl.-Ing. Raumplanung

GRÜNE Eckpunkte

- 2012 bis 2016 Geschäftsführerin des Bezirksverbands Ruhr
- 2009 bis 2016 Sprecherin der LAG Kultur NRW
- seit 2010 Mitglied im Rat der Stadt Dortmund
- Mitglied im Ausschuss für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden
- Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss
- Mitglied im Polizeibeirat
- Mitglied im Aufsichtsrat des Konzerthauses (bis 2016)
- seit 2009 Mitglied der Bezirksvertretung Innenstadt-West
- seit 2002 GRÜNES Mitglied im Kreisverband Dortmund

Berufliche Eckpunkte

- seit 2016 Projektleiterin CreateNet.NRW (Netzwerk kreativwirtschaftlich genutzter Häuser im Netz)
NRW – Verbund für Ökologie und soziales Wirtschaften e. V.
- seit 2011 Projektleiterin bei den Urbanisten e. V. (seit 2015 im Vorstand)
- seit 2010 Netzwerkberatung und Formatentwicklung für UZDO,
den Kreative Klasse e. V. und das Netzwerk X
- seit 2010 Geschäftsführerin des Büros für Möglichkeitsräume
- 2008 bis 2010 Mitarbeit am Masterplan Kulturmetropole Ruhr des Regionalverbands Ruhr
- 2004 bis 2010 Studentische Busfahrerin bei der DSW21

Ausbildung

- 2002 bis 2009 Studium an der TU Dortmund und an der UAB Barcelona
- 2000 bis 2002 Ausbildung in der gehobenen Beamtenlaufbahn bei der Stadt Helmstedt,
Studium an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege

Liebe Dortmunder*innen,

was macht eine schöne Stadt aus? Wenn die Menschen sie selbst gestalten! Als Planerin bin ich überzeugt, dass alle bei der Stadtentwicklung mitmachen können. Eine nachhaltige Stadtgestaltung, die soziale, ökologische, ökonomische und kulturelle Aspekte vereint, benötigt Mitbestimmung. Wer Kooperationsprozesse organisieren will, braucht Freiräume und selbstorganisierte Netzwerkstrukturen. Ich helfe, solche freien Räume für Ideen zu verwirklichen und Kooperationsprozesse zu organisieren. Doch leider wird so etwas in NRW kaum gefördert. Das möchte ich ändern.

Mit der Aufstellung des Masterplans Kulturmetropole Ruhr, den ich eng begleitet habe, und mit den Aktivitäten rund um die Kulturhauptstadt RUHR.2010 haben sich Förderstrukturen schon positiv geändert. Ideen, die sich zwischen Kultur, Stadtentwicklung und Wirtschaft befinden, wurden nun durch die Kreativ-Quartier-Förderung und die individuelle Künstlerförderung Wirklichkeit. Das Ruhrgebiet ist hier Modellregion für das Land NRW – hier bei uns werden diese neuen Förderstrukturen getestet. Mir ist dabei wichtig, dass die lokalen Akteure bei urbanen Projekten – wie sie durch die Urbanen Künste Ruhr oder die Zukunftsakademie NRW mit Fördermitteln umgesetzt werden – stark eingebunden werden. Hierfür setze ich mich vehement ein. Ich begleite verschiedene Initiativen und trage das Thema immer wieder öffentlich vor.

Als Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Kultur habe ich auch das „Gesetz zur Förderung und Entwicklung der Kultur, der Kunst und der kulturellen Bildung in NRW“ inhaltlich begleitet. Seit 2015 ist dieses Kulturfördergesetz in Kraft. Wir GRÜNE hatten es initiiert. Und es bildet die Grundlage für den Kulturförderplan NRW. Die Idee war, die freiwillige Aufgabe Kultur auch in finanzschwachen Zeiten zu einem Thema zu machen, das man nicht einfach wegstreichen kann. Hier war mir

wichtig, die Themen Kultur und gesellschaftlicher Wandel sowie Experimente und Innovationen zu integrieren.

Räume für Ideen

Europa fördert soziale Innovationen. Diese finden meiner Erfahrung nach in offenen, gemeinschaftlich nutzbaren Räumen statt, in denen aktiv Leute zusammenkommen und Dinge verändern. Räume – alte Ladenlokale, Kulturtreffs, offene Werkstätten – kann das Land NRW jedoch nach seinen aktuellen Richtlinien nicht fördern. Deswegen legen viele engagierte Leute – gerade im kreativen Bereich – noch Geld drauf für die Arbeit, die sie kostenlos für die Allgemeinheit leisten. Oder sie verzetteln sich in endlosen Antragschleifen und schlängeln sich von Projekt zu Projekt. Dafür gibt es viele traurige Beispiele. Diese prekären Zustände sind unhaltbar! Es kann nicht sein, dass die, die Innovationen entwickeln, Prototypen schaffen und Probleme kreativ lösen, am Ende die sind, die nicht wissen, wie sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

Eine Gesellschaft im Wandel braucht diese kreativen Typen, braucht transdisziplinäres Denken und muss daher Strukturen schaffen, in denen alle aktiv werden können und sich eine Kultur des Mitmachens und des Mitbestimmens etabliert. Das Schimpfen auf Politiker*innen aus dem Wohnzimmer heraus ist keine Lösung. Für Niemanden. Wir brauchen eine Kultur des Ausprobierens und des Erfindens neuer Mechanismen, wie wir zukünftig gut leben können.

Weil wir viele Zukunftsfragen beantworten müssen

Wie gehen wir mit zunehmender Armut um und sichern soziale Teilhabe? Wie kann Bildung für alle nach individuellen Fähigkeiten realisiert werden? Wie werden die Straßen wieder Aufenthaltsräume für Menschen und nicht für parkende Autos?

Können uns Aquaponik und urbanes Gärtnern lokal mit Gemüse und Fisch versorgen und finden hier Langzeitarbeitslose Beschäftigung? Welche Netzwerke und Selbstorganisationen der Kreativwirtschaft braucht es, damit Menschen Raum für ihre Ideen finden? Wie können mehr soziale und kreative Stadtgestaltungsprozesse organisiert werden?

Lösungen erreicht man oft durchs querdenken. Zum Beispiel das Thema Wohnen: Gegen Gentrifizierung hilft nur Kaufen. Vereine und genossenschaftliche Strukturen sind gute Möglichkeiten, gemeinschaftlich Eigentum zu erwerben, den Einfluss auf die Gebäude und Quartiere zu erhalten und Finanzierungsmodelle für Alle zu schaffen.

Ich möchte mich im Landtag verstärkt für ein ressortübergreifendes Handeln einsetzen. Denn ich bin der Meinung, dass man Probleme des 21. Jahrhunderts nur durch Schwarmintelligenz, Netzwerkstrukturen und zusammenhängendes Denken lösen kann. Gemeinsam mit der Wirtschaft, der Wissenschaft und den Bürgern. Transparent und auf Augenhöhe.

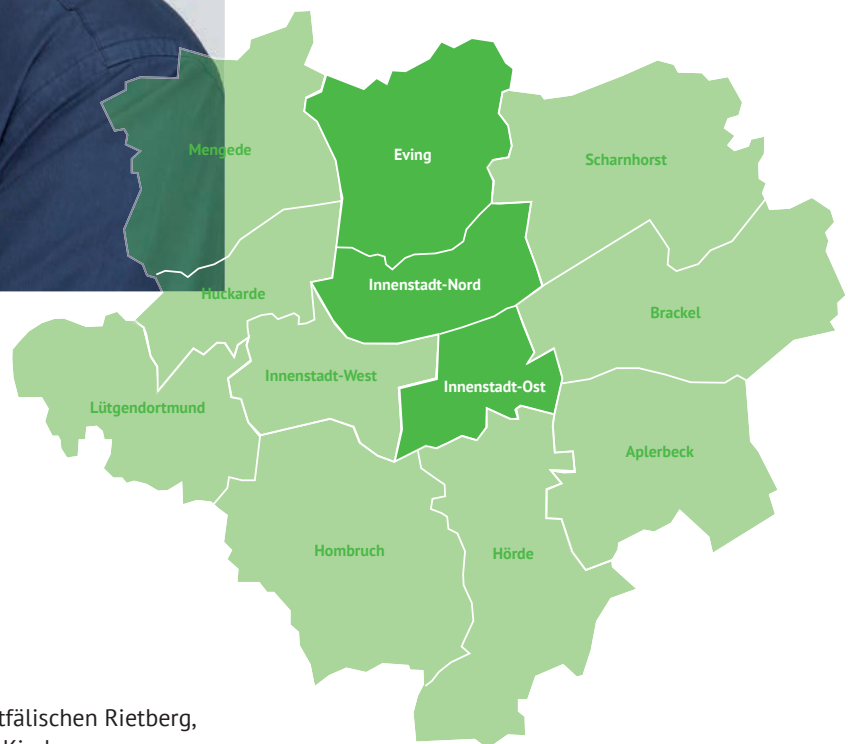
Meiner Erfahrung nach können nachhaltige Aktivitäten nur durch kreative Prozesse, individuelle Bildungsangebote, ein vielfältiges Miteinander und offene Möglichkeitsräume entstehen. Basisdemokratie und die Freiheit von Persönlichkeitsrechten sind dabei wichtige Grundpfeiler einer offenen Gesellschaft. Dafür setze ich mich ein.

*Und das geht so mit GRÜN!
Ehre Svenja*



ZUSAMMEN IST ES
NRW.

Landtagswahlkreis 112
Dortmund II
Eving
Innenstadt-Nord
Innenstadt-Ost



ULRICH LANGHORST

49 Jahre, geboren und aufgewachsen im ostwestfälischen Rietberg,
seit 1998 in Dortmund lebend, verheiratet, zwei Kinder

- | | |
|---------------|---|
| 1987 | Abitur in Rietberg |
| 1987 bis 1989 | Zivildienst in der Westfälischen Klinik für Psychiatrie in Paderborn |
| 1989 bis 1996 | Studium der Geografie an den Unis Münster und Bochum, Diplom-Geograf |
| 1992 bis 2001 | (wissenschaftlicher) Mitarbeiter bei der ISA CONSULT Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit mbH in Bochum |
| seit 2001 | freiberufliche Tätigkeit im Bereich der Wirtschafts- und Regionalanalysen |
| seit 2005 | Mitarbeiter des Dortmunder GRÜNEN Bundestagsabgeordneten Markus Kurth |
| 2006 bis 2009 | Sprecher des GRÜNEN Kreisverbandes Dortmund |
| seit 2009 | Mitglied im Rat der Stadt Dortmund |
| seit 2012 | Sprecher der GRÜNEN Ratsfraktion |
| | Mitglied im Hauptausschuss und Ältestenrat |
| | Mitglied im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit |
| | Mitglied im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften |
| | Mitglied im Trägersausschuss Jobcenter |
| | Mitglied im Aufsichtsrat DEW21 |

Telefon: 0173/2 11 59 29
E-Mail: langhorst@gruene-dortmund.de

Liebe Wählerin, lieber Wähler,

die Niederländer haben es am 15. März vorgemacht: Sie haben bei ihrer Wahl die Rechtspopulisten in die Schranken gewiesen, den Zusammenhalt gefördert, Europa gestärkt. Und: sie haben viel GRÜN ins Parlament geschickt.

Dieses Signal braucht auch Nordrhein-Westfalen am 14. Mai!

Wir leben aktuell in politisch turbulenten Zeiten. Wir erleben Zerfallsprozesse der Demokratie, die wir bisher so nicht für möglich gehalten haben. In diesen Tagen geht es besonders darum, die demokratischen Kräfte in unserer Gesellschaft zusammenzuhalten. Die Gefahr des Populismus ist trotz der Wahl in den Niederlanden bei uns und in ganz Europa nicht gebannt.

Das verunsichert, aber es ist auch eine Herausforderung. Die Demokratie, in der wir leben und in der jede und jeder ihre und seine Freiheit genießen kann, ist nicht selbstverständlich. Sie muss – und darf – erstritten und verteidigt werden. Es muss Menschen in dieser Gesellschaft geben, die das tun. Und die gibt es. Nicht von ungefähr kommen mehr und mehr Menschen zu uns und sagen: „Mir gefällt das nicht, was hier zurzeit abgeht! Ich habe das dringende Bedürfnis, dagegen etwas zu unternehmen, aktiv zu werden!“ Viele kommen zu uns GRÜNEN. Andere engagieren sich an anderer Stelle. Egal, Hauptsache, sie sind dabei!

Uns alle eint der Gedanke: Es geht um was!

Wir GRÜNE stehen wie keine andere Partei für eine offene Gesellschaft. Für Vielfalt. Für Teilhabe. Wir GRÜNE lassen uns nicht von den Populisten treiben. Ich möchte kurz ein paar Beispiele geben für unsere Arbeit für Chancengerechtigkeit und Zusammenhalt in unserem Land:

- Wir haben die Anzahl der Kita-Plätze verdoppelt und eine Menge Geld (jährlich 300 Millionen Euro) für zusätzliche Beschäftigte in den Kitas und für die Qualifizierung der Menschen in die Hand genommen haben. Wir haben damit Familien gestärkt.

- Wir haben den Rahmen geschaffen, damit hunderttausenden Menschen auf der Flucht Schutz geboten werden kann. Und damit im nächsten Schritt die Integration in unsere Gesellschaft gelingen kann. Wir haben damit den Zusammenhalt gefördert.

- Wir haben den Einstieg in die inklusive Schule gemacht. Ein schwieriger Prozess, der auch mit Reibung und Unzufriedenheit verbunden ist. Die kritischen Rückmeldungen von Schülerinnen und Schülern, von Eltern und aus den Schulen müssen gehört und aufgenommen werden. Die Menschen müssen vermehrt in diesem Prozess mitgenommen werden. Aber ich bin der festen Überzeugung: Trotz der Probleme sind wir auf dem richtigen Weg. Denn: Wir schaffen damit die Teilhabe, die jedem Menschen zusteht.

In den kommenden fünf Jahren wollen wir daran weiterarbeiten.

Wir wollen, dass aus dem Energieland Nummer 1 in Deutschland das Klimaschutzland Nummer 1 wird. Nordrhein-Westfalen kann und wird Wegbereiter sein bei der ökologischen Modernisierung, beim Ausbau der Erneuerbaren hin zum postfossilen Zeitalter. Diesen Prozess wollen wir besonders zusammen mit Bürgerinitiativen, Genossenschaften und kommunalen Unternehmen gestalten.

Wir wollen eine umweltfreundliche und bezahlbare Mobilität. Und ich freue mich schon, wenn der Radschnellweg Ruhr endlich auch durch Dortmund läuft. Ich glaube, der RS1 wird der wesentliche Schub für eine Verkehrswende hin zu mehr Radverkehr im Land sein. Und

weitere Radschnellwege und viele andere Radverkehrsprojekte werden ihm folgen.

Wir wollen, dass die Menschen ihr Leben selbstbestimmt gestalten können. Selbstbestimmung geht am besten mit einem eigenen ausreichenden Einkommen. Armut ist aber in Nordrhein-Westfalen, im Ruhrgebiet und bei uns in Dortmund ein immer noch viel zu großes Problem. Es ist blanker Zynismus, wenn behauptet wird, die Mittel stünden für eine gerechte Verteilung nicht zur Verfügung. Die zunehmende Spaltung in Reich und Arm, das zunehmende Gefühl bei vielen, abgehängt zu sein, ist Gift für unsere Gesellschaft, ist Gift für unseren Zusammenhalt, ist Gift für unsere Demokratie.

Wir müssen intensiv an Gegenmitteln arbeiten. Wer langzeitarbeitslos ist, braucht eine soziale Absicherung, die echte Teilhabe und Selbstbestimmung ermöglicht. Wer einen Job hat, muss genug damit verdienen können. Wer auf der anderen Seite Millionen besitzt, sollte davon einen Teil abgeben dürfen oder auch müssen. Wir müssen die Enden der Schere wieder aufeinander zubewegen!

Liebe Wählerin, lieber Wähler,

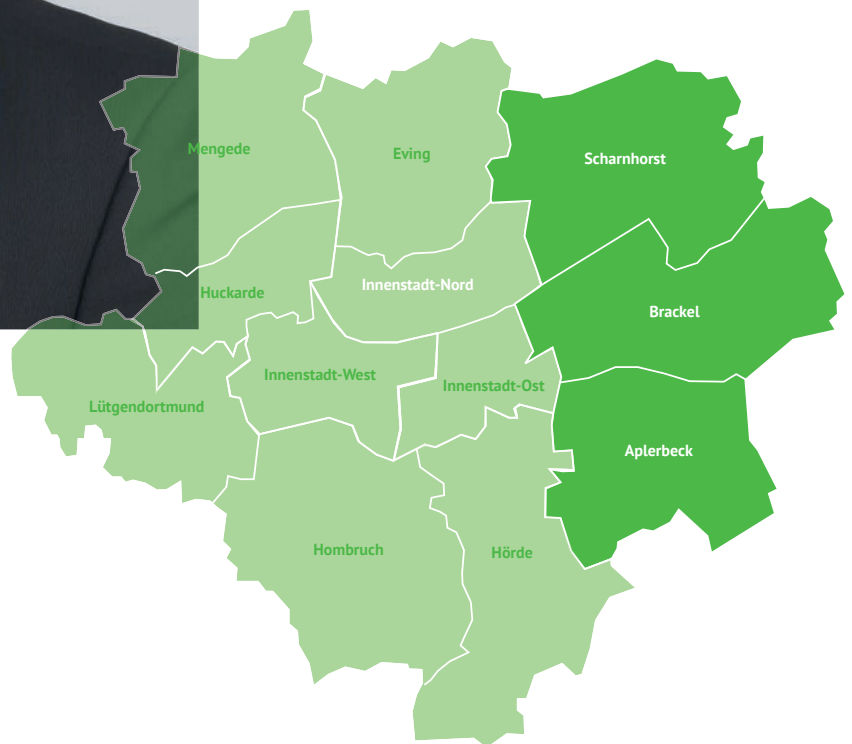
am 14. Mai haben Sie die Wahl. Ich werbe also um Ihre Stimmen für viel GRÜN im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Ich bin fest überzeugt: Erst mit einer starken GRÜNEN Fraktion wird unser Bundesland weiter für eine offene Gesellschaft, für gelebte Vielfalt, für Zusammenhalt und Chancengerechtigkeit stehen.

Herzlichen Dank.
Ulrich Langhorst



ZUSAMMEN IST ES
NRW.

Landtagswahlkreis 113
Dortmund III
Aplerbeck
Brackel
Scharnhorst



MUSTAPHA ESSATI

28 Jahre,
Jurastudent

Politisches

seit 2009 Beschäftigung/Berührungspunkte mit Bündnis 90/Die GRÜNEN
seit 2011 Mitglied der GRÜNEN
seit 2012 Mitglied der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord
2012 bis 2015 Fraktionssprecher der GRÜNEN in der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord
Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft Europa, Frieden, Internationales
Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft Demokratie & Recht

Privates

1988 Geboren in Tetouan (Marokko)
1997 nach Dortmund zugewandert
Ehrenamtliche Tätigkeiten in zahlreichen Vereinen in der Nordstadt
und in Hochschulgremien an der Ruhr Universität Bochum
seit 2010 Studium der Rechtswissenschaft in Bochum

Liebe Wählerin, lieber Wähler,

am 14. Mai 2017 sind 13,2 Millionen Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen aufgerufen den Landtag zu wählen, und diese Wahl wird richtungsweisend. Die Flüchtlingsdynamik und immer stärker werdende rechtspopulistische und rechte Tendenzen machen mir persönlich Angst. Die letzten Landtagswahlen haben gezeigt, dass die AfD die Ängste der Bevölkerung für sich zu nutzen weiß. Das möchte ich in Nordrhein-Westfalen verhindern. Mein NRW ist bunt, offen und tolerant. Als einer, der im Dortmunder Norden aufgewachsen ist und dort seinen Lebensmittelpunkt hat, kenne ich das auch nicht anders!

So müssen wir uns fragen, wie unser Nordrhein-Westfalen in Zukunft aussehen soll. Wie sollen Geflüchtete bei uns menschenwürdig untergebracht werden? Wie wollen wir unsere ambitionierten Klimaschutzziele erreichen? Wie kann NRW die fortwährende Digitalisierung nutzen und Chancen und Risiken bestmöglich abwägen?

Beteiligung verbessern

Gerade die Digitalisierung birgt für Politik und Zivilgesellschaft ein enormes Potential. Informationen sind zeitunabhängig und barrierefrei abrufbar und Beteiligung kann barrierearm und unabhängig von Dienstplänen und anderen zeitlichen Verpflichtungen möglich gemacht werden. In NRW kämpfe ich für einen freien Zugang zum Internet und damit zu Informationen und Beteiligung durch ein ausgebautes Freifunk-Netz in den „Hotspots“ der einzelnen Stadtteile.

Wie kann Inklusion zusammen mit den Lehrer*innen, Eltern und Schüler*innen so gestaltet werden, dass kein Kind zurück bleibt?

Bildungsaufsteigerland

GRÜNE Bildungspolitik hat zum Ziel, allen Menschen die freie, bedarfsgerechte und selbstbestimmte Teilhabe an Bildung zu ermöglichen. Daher fördern wir die Chancengleichheit und möchten unbedingt verhindern, dass fehlende Aufstiegschancen die gesamte Volkswirtschaft lähmen.

Gute Bildung ist daher die Zukunft unseres Landes.

Deshalb haben wir kräftig in das Bildungssystem investiert. Das Investitionsprogramm des Landes „Gute Schule 2020“ bringt unserer Stadt Dortmund für die kommenden vier Jahre 94 Millionen Euro. Mit diesem Geld können wir Schulgebäude instandsetzen, Sporthallen sanieren oder die digitale Ausstattung der Schulen verbessern. Das haben wir angesichts der rückwärtsgewandten Ansätze der schwarz-gelben Vorgänger-Regierung korrigiert.

Das Thema Inklusion ist und bleibt eine Generationsaufgabe, die alle Bereiche des Schulsystems betrifft. Wir haben im Rahmen der Umsetzung der Menschenrechtskonvention den Eltern die Möglichkeit gegeben selbst zu entscheiden, welche Schule ihr Kind besucht. Die Herausforderungen der Inklusion sind uns im vollen Umfang bewusst und wir arbeiten hart daran, die Umsetzung für die Schulen vor Ort so einfach wie möglich zu gestalten. CDU und FDP haben bis heute keinen einzigen konkreten Plan vorgelegt, wie wir das Thema Inklusion in NRW gerecht voran bringen können.

Was wir erreicht haben:

- Kopfnoten abgeschafft.
- Studiengebühren abgeschafft.
- Die Mittel für Bildung haben wir auf 27 Prozent der Landesausgaben gesteigert!

- CDU und FDP waren für eine Streichung von 10.000 Lehrerstellen – Wir haben 18.000 Stellen neu geschaffen.
- 100 Millionen Euro investieren wir in die Fortbildung der Lehrer.
- Inklusion an Schulen schrittweise und sorgsam umgesetzt.
- 80.000 weitere U3-Plätze in den Kitas in NRW geschaffen.
- Zwei Milliarden Euro investieren wir in „Gute Schule 2020“.

Jugend stärken

Viele Jugendliche sehen sich immer höherem Druck ausgesetzt: Bildung muss auf den Arbeitsmarkt vorbereiten, jede Minute Freizeit wird verplant. Dabei brauchen junge Menschen Freiräume, um sich auszuprobieren. Ich möchte den jungen Menschen diese Freiräume wieder öffnen. Jugendarbeit ist auch Präventionsarbeit. Jugendliche werden in vielen Jugendzentren unserer Kommunen von Freund*innen und aufmerksamen Sozialarbeiter*innen aufgefangen und finden (wieder) Anschluss an Schule, Ausbildung, Beruf und Gesellschaft. Wir wollen daher die vielfältige Arbeit von

- Jugendverbänden,
- Beratungsstellen für junge Menschen,
- gemeinnützigen Vereinen und
- freien Initiativen

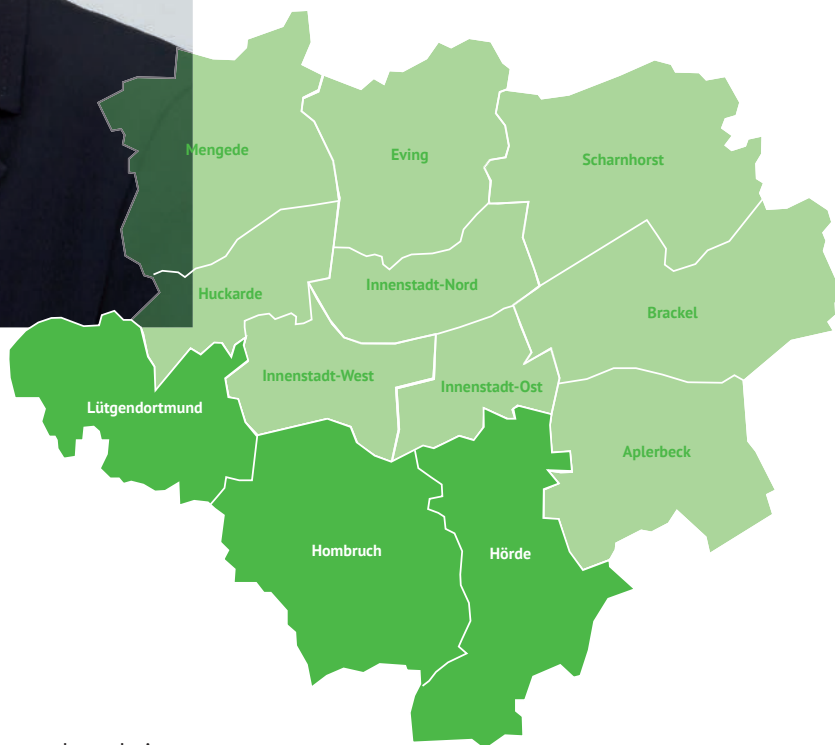
erhalten und ihre Finanzierung sicherstellen. Dafür brauchen wir GRÜNE Ihre Stimme.

Schenken Sie mir Ihr Vertrauen
Mustapha Essati



ZUSAMMEN IST ES
NRW.

Landtagswahlkreis 114
Dortmund IV
Hörde
Hombruch
Lütgendortmund



BARBARA BRUNSING

56 Jahre alt, in der Städteregion Aachen geboren,
am Niederrhein aufgewachsen, im Rheinland studiert und gearbeitet
und jetzt seit 26 Jahren in Dortmund, verheiratet, 3 Kinder

1979	Abitur
1979 bis 1989	Studium der Geodäsie und Geografie an der Uni Bonn
1988 bis 1991	Mitarbeiterin im Büro für integrierte Stadt- und Verkehrsplanung Bonn
seit 1992	freiberufliche Tätigkeit
seit 2010	Mitarbeiterin des GRÜNEN Kreisverbandes im Ennepe-Ruhr-Kreis
seit 2011	Geschäftsführerin der Kreistagsfraktion im Ennepe-Ruhr-Kreis
seit 2017	Geschäftsführerin des Bezirksverbands Ruhr
seit 2005	Sprecherin des GRÜNEN Ortsverbands Hombruch
2009 bis 2014	Fraktionssprecherin in der Bezirksvertretung Hombruch
seit 2013	Mitglied im Rat der Stadt Dortmund
	Mitglied im Ausschuss für Kultur, Sport und Freizeit
	Mitglied im Ausschuss für Personal und Organisation
	Mitglied im Ausschuss für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden
	Mitglied im Aufsichtsrat der Konzerthaus Dortmund gGmbH
	Delegierte Verbandsversammlung Emschergenossenschaft und Lippeverband

Hobbys: Tennis spielen, Laufen, Klettern, Querflöte spielen

*Liebe Dortmunder*innen,*

vor 12 Jahren wurde ich zur Sprecherin des GRÜNEN Ortsverbandes Hombruch gewählt. Das war mein Einstieg in die aktive Phase bei den Dortmunder GRÜNEN. Getreu dem Motto „Ich möchte GRÜNE Ziele vorantreiben“ habe ich meinen politischen Aktionsradius schrittweise erweitert und mich seitdem auf unterschiedlichen Ebenen engagiert. Lag das Hauptaugenmerk zu Beginn auf bezirklichen Belangen, die ich als Fraktionssprecherin in Hombruch mitgestalten durfte, habe ich mich nach Schnuppermonaten im Rat gegen Ende der letzten Legislaturperiode zur Kandidatur für die jetzige Ratsperiode entschlossen.

Durch meine berufliche Tätigkeit als Fraktionsgeschäftsführerin im Ennepe-Ruhr-Kreis traten auch die Probleme eines Flächenkreises in meinen Blick. Hier ist man zwar im Grünen zu Hause, steht aber aufgrund der ländlichen Strukturen vor großen infrastrukturellen Herausforderungen. Mit der Kandidatur für ein Direktmandat im nordrhein-westfälischen Landtag gehe ich den nächsten, logischen Schritt, um GRÜNE Ziele auf Landesebene voranzubringen.

Wir GRÜNE wollen NRW zu einem ökologischen Vorreiterland entwickeln. Wir wollen die Energiewende. Zum Abschied von der Kohle gibt es keine Alternative! Doch wir werden ihn durch die Teilhabe aller Betroffenen und mit einem besonderen Augenmerk auf den Naturschutz klug planen.

Eine lebendige Demokratie lebt von der Teilhabe in allen Bereichen der Politik. Menschen in Meinungs- und Entscheidungsfindung miteinzubeziehen, ist für nachhaltiges Handeln und Denken unabdingbar. Neben der kontinuierlichen Information von Bürgerinnen und Bürgern gilt es Teilhabemöglichkeiten zu entwickeln, die dem Lebensalltag gerecht werden und somit die Hürden für die Beteiligung senken.

Unsere Gesellschaft ist bunt und vielfältig. Durch eine gelingende Integration haben wir die Chance, noch bunter und vielfältiger zu werden. Hier stehen wir vor der Aufgabe – und sollten die Chance nutzen – den unterschiedlichen Kulturen Raum zu geben und das Anerkennen der kulturellen Vielfalt als Gewinn und Bereicherung zu sehen. Denn die kulturelle Vielfalt stellt das gemeinsame Erbe der Menschheit dar und ist eine Quelle der Erneuerung und Ressource für die Zukunft. Wir GRÜNE stehen für die Realisierung der UN-Charta „Kulturelle Teilhabe als Menschenrecht“ durch die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der kulturellen Vielfalt und deren Infrastruktur. Kulturpolitik bestimmt hier die Rahmenbedingungen für die Arbeit von Kulturschaffenden und fördert Kunst und Kreativität. Kultur als sogenannte „freiwillige Leistung“ darf im Rahmen der Kunst- und Kulturförderung auch zukünftig nicht nach Kassenlage erfolgen. Die im Kulturförderungsgesetz festgelegte verlässliche Förderung muss ausgebaut werden.

Kultur und Sport in NRW fördern

Genauso wie die Teilhabe an Kunst und Kultur gehört auch der Sport für die meisten Menschen zu einem lebenswerten Alltag. Sport bringt Menschen zusammen. Mir ist er eine Herzensangelegenheit.

Egal ob es um Joggingstrecken für die lockere Feierabendrunde, um das Training im Verein oder um Hochleistungssport geht: GRÜNE Sportpolitik will gute Rahmenbedingungen für den Freizeit-, Breiten- und dopingfreien Leistungssport schaffen.

Sportpolitik bedeutet für mich Bewegungspolitik: Ich will eine Sportpolitik, die alle Menschen in Bewegung bringt und allen Menschen die Teilhabe an Bewegung, Spiel und Sport ermöglicht, egal welchen Geschlechts, ob alt oder jung, mit oder ohne

Behinderung. Sport ist zudem ein wichtiger Akteur unserer Zivilgesellschaft und des ehrenamtlichen Engagements und damit eine große Bürgerbewegung.

GRÜNE Sportpolitik steht für Nachhaltigkeit. GRÜNE setzen sich für eine ökologische, ökonomische, nachhaltige und soziale Sportentwicklung ein. FAIR PLAY wird bei uns groß geschrieben. Alle Menschen sollen ihren individuellen Wünschen entsprechend an Sport und Bewegung teilhaben.

Für mich heißt das, Sportpolitik muss nicht nur bei der Planung von Sportstätten und Bewegungsräumen, sondern auch bei der Stadtentwicklung, der Gesundheits- und Bildungspolitik sowie in der Sozialpolitik eine Rolle spielen. Ganz allgemein brauchen wir eine bewegungsfördernde Infrastruktur.

Die Wahl am 14. Mai hat eine große Bedeutung für Nordrhein-Westfalen.

Wir GRÜNE haben die passenden Antworten für die Herausforderungen der Zeit: Wir wollen so leben und wirtschaften, dass nicht die nachfolgenden Generationen den Preis dafür bezahlen müssen. Das gilt für den Umgang mit Natur und Umwelt genauso wie für die Haushaltspolitik. Deshalb ist ein JA zu einem lebenswerteren Nordrhein-Westfalen für mich auch immer ein JA zu GRÜN!

*JA zu GRÜN!
Barbara Brunsg*

1. GEMEINSAM.

2. VORAN!

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

bei der Landtagswahl am 14. Mai 2017 geht es um viel. Die Wählerinnen und Wähler in Nordrhein-Westfalen – also Sie – entscheiden, welchen Weg unser Land in den kommenden fünf Jahren gehen wird.

Wir GRÜNE in NRW möchten gerne weiter Verantwortung für unser Land tragen. Unser Antrieb ist es, NRW lebenswerter zu machen – Tag für Tag und Stück für Stück. Gemeinsam mit den Menschen, die hier leben, haben wir in den vergangenen Jahren viel erreicht. Wir haben NRW ökologischer, moderner und gerechter gemacht.

Eins steht allerdings fest: Es gibt noch sehr viel zu tun. Im Jahr 2017 vielleicht mehr denn je. Vieles scheint im Umbruch. Vieles, das wir für selbstverständlich hielten, wird neu in Frage gestellt. Viele Menschen sind verunsichert. Auch wir GRÜNE haben nicht auf jede Frage gleich eine Antwort. Aber davon sind wir fest überzeugt: Unsere Gesellschaft darf nicht stehen bleiben oder gar zurück ins Gestrern gehen.



Die Menschen können heute freier über ihr Leben entscheiden als früher, unsere Gesellschaft ist bunter geworden. Wir sehen das als Chance für unser Land und wollen das Zusammenleben in Freiheit und Vielfalt gestalten. Am Schutz unserer Umwelt kommt heute keiner mehr vorbei – nur wir GRÜNE sehen darin allerdings die große Chance, in NRW neue, zukunftssichere Jobs zu schaffen.

Am 14. Mai 2017 kommt es auf jeden und jede an in NRW – verteidigen Sie mit ihrer Stimme für GRÜN die Freiheit. Geben Sie uns GRÜNEN Ihre Stimme, für ein NRW, das voran geht in die Zukunft!

Ihre Sylvia Löhrmann

11 GRÜNE ZIELE.

RAUS AUS DER KOHLE – MIT MEHR ERNEUERBAREN ENERGIEN.

GUTES ESSEN – MIT EINER REGIONALEN BIO-LANDWIRTSCHAFT.

100.000 NEUE JOBS – DIGITAL, GRÜN, SOZIAL.

BEZAHLBARE MIETEN – WOHNRAUM FÜR ALLE.

EINFACH MOBIL – MIT EINEM NRW-TARIF FÜR BUS & BAHN.

EMISSIONSFREI, SCHNELL & LEISE – MODERNE MOBILITÄT FÜR NRW.

FÜRS LEBEN LERNEN – MEHR ALLTAGSWISSEN IN DIE SCHULE.

STRESSFREI GEMEINSAM LERNEN – GANZTAGSSCHULEN AUSBAUEN.

SICHER IN FREIHEIT LEBEN – POLIZEI STÄRKEN, GRUNDRECHTE SCHÜTZEN.

KLEINERE GRUPPEN IN BESSEREN KITAS – GLEICHE CHANCEN FÜR ALLE KINDER.

SELBSTBESTIMMT LEBEN IM ALTER – MIT MEHR ANGEBOTEN VOR ORT.

HARTZ IV EIN TRAUERSPIEL

Liebe Leserin, lieber Leser,

zu den bemerkenswertesten Erscheinungen der letzten Wochen zählt für mich die Wiederaufnahme der Debatte um die Agenda 2010 beziehungsweise das ALG II – besser bekannt unter dem Kürzel „Hartz IV“. Als Abgeordneter, der im Jahr 2003 als so genannter „Abweichter“ gegen Hartz IV gestimmt hat, könnte ich jetzt verstimmt sein, dass ein SPD-Kanzlerkandidat, der im selben Jahr als Mitglied des SPD-Bundesvorstands die Agenda-Politik abgenickt hat, nun lauthals nach sozialer Gerechtigkeit ruft. Das will ich aber ausdrücklich nicht tun. Es bringt auch nichts, zwölf Jahre nach Inkrafttreten der Arbeitsmarktgesetze bekenntnisthaft gegenseitig mit dem Finger aufeinander zu zeigen. Wichtiger ist mir, dass endlich eine Situation möglich erscheint, in der nicht eingelöste Versprechen und Fehlentwicklungen der Agenda 2010 (die GRÜNE insgesamt seit mehr als zehn Jahren kritisieren) endlich angegangen werden! Wenn Martin Schulz die Agenda 2010 kritisiert, können wir nur sagen: Willkommen im Klub! Aber: GRÜNE wollen die Arbeitsmarktpolitik und Sozialpolitik dort verbessern, wo es den Betroffenen wirklich weh tut, und wir wollen dort unterstützen, wo es den Betroffenen auch dauerhaft etwas bringt!

Wenn Martin Schulz sagt, dass es den Arbeitslosen nach dem ALG-I-Bezug mit dem Übergang in Hartz IV „an die Existenz“ geht, dann muss man dafür sorgen, dass dies nicht mehr geschieht! Mit der Erhöhung der Vermögensfreibeträge und der korrekten Berechnung und Anhebung des Regelsatzes kann das Leben der Langzeitarbeitslosen erleichtert werden. Angst macht den Menschen zudem, dass sie ihre Wohnung verlieren könnten. Hier muss mit Augenmaß vorgegangen werden, damit auch Langzeiterwerbslose in ihren vier Wänden bleiben können.

Die Verlängerung des ALG-I-Bezugs allein verzögert nur den Übergang (oder richtiger: den Fall) ins ALG II, es verhindert ihn aber nicht. Vor allem müssen Arbeitslosenversicherung und staatliche Förderung bewirken, dass Dauerarbeitslosigkeit am besten gar nicht erst entsteht. Vor allem deshalb

wollen wir einen massiven Ausbau der Förderung von Erwerbslosen.

Leider sind für die Lebenssituation von Langzeitarbeitslosen und anderen Menschen, die auf Sozialversicherungen angewiesen sind, nicht die Reden von Herrn Schulz entscheidend, sondern die konkrete Politik der SPD und des von ihr geführten Arbeitsministeriums. Natürlich muss man in Rechnung stellen, dass die Sozialdemokraten nur der kleinere Koalitionspartner der Union sind. Andererseits halte ich die Regierungsbilanz der Großen Koalition im Sozialbereich trotzdem für kläglich – es wäre mehr notwendig und auch möglich gewesen.

Hier einige Beispiele für ganz konkrete Schritte, die ausgeblieben sind:

- Die SPD hat nichts für diejenigen getan, die immer wieder nur kurzfristige Arbeitsverträge bekommen und es nicht schaffen, länger als ein Jahr am Stück Beiträge in die Arbeitslosenversicherung zu zahlen. Diese prekär Beschäftigten – häufig junge Leute – gucken ganz in die Röhre; ihre Beiträge sind verloren. Wir GRÜNE wollen, dass es bereits nach vier Monaten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung einen Anspruch auf ALG I gibt (in dem Fall zwei Monate).
- Die SPD hat nichts für die Stärkung von Weiterbildung und Förderung der Langzeitarbeitslosen getan. Im Gegenteil: Wie ihre Vorgängerregierung hat Andrea Nahles das Budget für die Förderung jedes Jahr gekürzt. Wo ist das „Fördern“ unter der SPD geblieben?
- Die SPD hat nichts getan für die dauerhaft Langzeitarbeitslosen mit chronisch gesundheitlichen Problemen und einer niedrigen Qualifikation. Wir fordern die Einführung eines geförderten, langfristigen angelegten sozialen Arbeitsmarkts.
- Die SPD hat sich um ältere Arbeitslose kaum gekümmert. Wer älter als 58 Jahre ist und länger als ein Jahr arbeitslos wird, wird einfach aus der Statistik gestrichen – frei

nach dem Motto: aus den Augen, aus dem Sinn! Wer als Hartz-IV-Empfänger*in das 63. Lebensjahr erreicht, wird in die Zwangsrente geschickt – mit vollen Abschlägen – frei nach dem Motto: Da lohnt sich eh nichts mehr! Anders als von Rot-GRÜN seinerzeit beschlossen, zahlt das Jobcenter keine Rentenbeiträge mehr für Langzeitarbeitslose: Die SPD-Arbeitsministerin hat nichts unternommen, um dies wieder rückgängig zu machen – ja nicht einmal davon gesprochen!

- Die SPD lässt Leiharbeiter*innen mit schlechterer Bezahlung allein. Die Große Koalition hat alle GRÜNEN Vorstöße für gleichen Lohn für gleiche Arbeit vom ersten Tag an abgelehnt!
- Die SPD hat nichts für Menschen getan, die nach einem langen Arbeitsleben, nach Kindererziehung und Pflege der Angehörigen trotz allem in die Grundsicherung im Alter fallen: Wir wollen eine einfache und für fast alle zugängliche Garantierente – nach 30 Versicherungsjahren und nicht nach 30 Beitragsjahren – mit Anerkennung von Zeiten der Arbeitslosigkeit und Erziehungszeiten. In Verbindung mit der Rentenversicherung für Selbständige (die wir einführen wollen) wird praktisch niemand mehr, der wenigstens die Hälfte seines Lebens in Deutschland verbracht hat, in die Grundsicherung fallen. Auf unsere GRÜNE Garantierente wird private Vorsorge gar nicht angerechnet.

Liebe Leserin, lieber Leser, auch wenn den GRÜNEN der Wind im Moment ins Gesicht bläst, lohnt es sich, genau hinzusehen und nicht nur dem Gefühl, sondern den Inhalten nachzuspüren. Gerade auch in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik!

Mit besten Grüßen
Ihr Markus Kurth

Markus Kurth ist unser GRÜNER Abgeordneter im Deutschen Bundestag.

GRÜNE IDEEN FÜR EIN GESÜNDERES LEBEN

WAS BEDEUTEN DIE GRÜNEN LANDESZIELE FÜR DORTMUND?

Mobilität ist ein Schwerpunkt im GRÜNEN Landtagswahlprogramm – und auch ein Schwerpunkt unserer GRÜNEN Ratsarbeit in Dortmund. Die landesGRÜNEN Ziele haben deshalb auch Bedeutung für unsere Arbeit vor Ort. Hier einige Beispiele:

Ziel: Emissionsfrei mobil

„Ohne gute Luft kein gesundes Leben“, heißt es im GRÜNEN Landtagswahlprogramm. Dennoch ist in den Ballungsräumen in NRW – auch in Dortmund – die Belastung der Luft mit Schadstoffen ein erhebliches Problem für Umwelt und Gesundheit. Der Grenzwert für Stickstoffdioxid wird hier vor Ort an vielen Stellen weiterhin regelmäßig überschritten. Grund dafür sind vor allem die Emissionen des Autoverkehrs. Der Abgasskandal hat mehr als deutlich gemacht, dass sich Autoverkehr und gute Luft kaum in einen verträglichen Einklang bringen lassen.

Wirklich wirksam kann nur eine echte Verkehrswende sein. Dafür braucht es neben der Förderung möglichst emissionsfreier Antriebstechnologien vor allem ein Umsteuern in der Verkehrsplanung. Gut, wenn dafür die Zusammenarbeit zwischen Umwelt- und Verkehrsplanung verbessert werden soll. Das hilft uns, den Verkehr

vor Ort zukünftig anders zu gestalten. Beispielsweise durch ein verbessertes Radwegenetz für Alltagsradler*innen, einen leistungsfähigen öffentlichen Personennahverkehr und eine umweltfreundliche Citylogistik. Projekte wie der u. a. mit Landesmitteln geförderte Radschnellweg Ruhr (RS1) oder das Landesförderprogramm „Emissionsfreie Innenstadt“ sind dabei wichtige Schritte.

Die jetzt im Landtagswahlprogramm verankerte Idee der Mobilstationen, die verschiedene Angebote wie Fahrradabstellanlagen, E-Bike-Lademöglichkeiten, Verleihsysteme, Carsharing und ÖPNV miteinander verknüpfen sollen, haben wir auch in unseren Haushaltsantrag aufgenommen. Denn der einfache und schnelle Umstieg zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln ist ein wichtiger Anreiz, um im täglichen Berufsverkehr immer häufiger auf das Auto zu verzichten.

Ziel: NOx-Minderungsstrategie


Für Dortmund gibt es einen geltenden Luftreinhalteplan, doch die dort aufgeführten Maßnahmen reichen offenbar nicht aus, um den von der EU festgelegten Stickstoffdioxid-Grenzwert von 40 Mikrogramm je Kubikmeter Luft

einhalten zu können. Dabei gefährdet die Belastung mit Stickstoffdioxid massiv die Gesundheit der Menschen und ist zugleich das größte Problem im Rahmen der Luftreinhaltung. Auf Landesebene wollen wir GRÜNEN deshalb wirksame Maßnahmen zur Luftreinhaltung und deren Finanzierung erarbeiten. Dazu gehört auch, dass der Entscheid des Verwaltungsgerichts Düsseldorf, Fahrverbote für Dieselfahrzeuge zu prüfen, umgesetzt werden soll. Einen Antrag zum Thema haben wir im Februar in den Dortmunder Rat eingebracht.

Auch wenn in Dortmund bisher viele Maßnahmen zur Luftverbesserung, wie beispielsweise das ganztägige Fahrverbot für Lkw im Durchgangsverkehr auf der B1, an der politischen Mehrheit im Rat gescheitert sind, haben SPD und CDU diesmal nicht direkt abgelehnt, sondern die Diskussion über den Antrag in die Ausschüsse verschoben.

Ziel: Nachtflugverbote und Flugzeuglärmabgaben

Emissionsfreie Mobilität hat auch mit Lärm zu tun. Hauptlärmquelle in den Städten ist nach wie vor der Verkehr auf der Straße und der Schiene, aber auch



der Luftverkehr. Deshalb spielt für uns hier in Dortmund der Flughafen eine große Rolle. Fliegen ist weiterhin die klimaschädlichste und lärmbelastendste Möglichkeit der Fortbewegung. Wir wollen nicht, dass regionale Flughäfen wie der Dortmunder durch Flugverlagerungen von Düsseldorf mit weiteren Kapazitäten ausgestattet werden, um so noch mehr zu verlärmern. Deshalb ist es gut, dass ein GRÜNES Ziel die Verlagerung des Flugverkehrs auf die Schiene ist – wodurch auch die Kapazitätserweiterung in Düsseldorf obsolet werden könnte. Der örtlichen Vision der Flughafenbefürworter, als „Entlastungsflughafen von Düsseldorf“ zu fungieren, wird damit eine eindeutige Absage erteilt.

Arndt Klocke hat in der letzten GRinDo deutlich gemacht, dass es nicht darum geht, Dortmunder Flughafen-Wachstumsträume zu fördern, sondern vor allem darum, Subventionen von Flughafenstandorten durch die öffentliche Hand zu streichen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum DSW21 gerade diese Verkehrsform jährlich mit nahezu 20 Millionen Euro subventioniert, während für den Ausbau des städtischen ÖPNV oder für einen qualitativ guten Behindertenfahrdienst die Gelder fehlen. Die geplante Verteu-

erung von Flügen beispielsweise über eine Lärmabgabe könnte neben den auf Bundesebene zu verankernden Immissionsgrenzwerten ein weiteres hilfreiches Mittel sein, den Flugverkehr zu reduzieren.

Auf Landesebene befürworten die GRÜNEN klar die Ausweitung des Rechtsanspruchs auf Lärmschutz. Ebenso sollen sowohl über Initiativen auf Bundesebene als auch im Rahmen der Landeszuständigkeiten verschiedene wirksame Maßnahmen für einen besseren Schutz vor Fluglärm ergriffen werden.

Das GRÜNE Ziel, dass Bürgerinitiativen frühzeitig in alle Planungen einbezogen werden, ist zudem ein gutes und wichtiges Signal für die in Dortmund seit vielen Jahrzehnten aktive Schutzgemeinschaft gegen Fluglärm.

Ziel: Bei öffentlichen Investitionen 100 Prozent fossilfrei investieren (Divestment)

Beim UN-Klimagipfel in Paris im Dezember 2015 forderte Deutschland eine endgültige Abkehr von Kohle, Öl und Gas (Dekarbonisierung). Entsprechendes GRÜNES Ziel auf Landesebene ist es, Investitionen des Landes aus fossilen

Energien schrittweise abzuziehen und Finanzmittel dort zu investieren, wo nachhaltige Innovationen stattfinden. Damit nähme die öffentliche Hand eine Vorbildrolle ein. Mittelfristig sollen alle öffentlichen Investitionen 100 Prozent fossilfrei erfolgen.

Auch wenn die direkten Einflussmöglichkeiten der Stadt Dortmund in der globalen Perspektive begrenzt sind, ergibt sich aber aus den städtischen Finanzanlagen und der Beteiligung an Unternehmen eine Verantwortung. Hier muss ebenfalls die nachhaltige Entwicklung im Fokus stehen. Das haben wir im vergangenen Jahr schon in Dortmund eingefordert. Leider ohne Erfolg. Dabei ist der Rückzug aus Unternehmen, die auf Atomkraft oder auf nichtnachhaltige und klimaschädliche Energien setzen, auch ökonomisch sinnvoll, da solche Beteiligungen wegen der Unvereinbarkeit von Klimaschutz und Investitionen in fossile Energieträger und Technologien langfristig risikobehaftet sind (Carbon Bubble). Große Versicherer wie Axa und die Allianz haben schon längst reagiert und Investitionen aus diesem Sektor abgezogen.

Ingrid Reuter ist Fraktionsprecherin der GRÜNEN im Rat der Stadt Dortmund.



VIDEOÜBERWACHUNG: SO NICHT!

ÜBERZOGENE SICHERHEITSAKTION DER STADT IN DER BRÜCKSTRASSE

Kurz vor Weihnachten machten wir als „mobile Kamerateams“ die Passanten in der Brückstraße auf die Überwachungskameras aufmerksam. Videoüberwachung im öffentlichen Raum? In Dortmund? Tatsächlich installierte die Polizei fünf hochauflösende 360-Grad-Kameras in der Brückstraße. Freitags und samstags nachts von 22 bis 7 Uhr übertragen diese Kameras das Geschehen von der Straße in die Polizeiwache.

Für uns geht das nur, wenn alle anderen gängigen Maßnahmen ausgeschöpft sind. Aber hier wurde aufwendige Technik installiert – und in der benachbarten Polizeiwache sitzen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte vor dem Bildschirm – immer auf dem Sprung zum sofortigen Eingriff. Wieviel einfacher wäre es da, direkt Streife zu gehen! Denn Polizeipräsenz schreckt potenzielle Kriminelle genauso ab und stärkt gleichfalls das Sicherheitsgefühl. In der Nordstadt sank die Zahl der Straftaten, seit die Polizei ihre Präsenz deutlich verstärkte und den Kontrollruck verstärkte. Südlich der Bahnlinie müsste dieses Vorgehen doch auch sinnvoll sein!

Immer nur Ultima ratio

Außerdem stellt sich für uns die Frage, was mit den gesammelten Daten geschehen soll: Sie dürfen nicht der Beweissicherung dienen und sollen dennoch 14 Tage gespeichert werden ... Oder hat man in Dortmund den Fall nur konstruiert, damit man erste Erfahrungen mit dieser Überwachungstechnik sammeln kann?

Wir befürchten, dass mit dem schleichenden Einsatz von immer mehr Überwachungstechnik im öffentlichen Raum die Sensibilität für die Problematik dieser Technik geschliffen wird. Weite Kreise unserer Gesellschaft finden sich unkritisch mit mehr Überwachung ab und gestatten tiefste Einblicke in ihr Privatleben. Wir fordern deshalb einen sensiblen, äußerst kritischen Umgang mit den Möglichkeiten der neuen Überwachungstechnik – wenn nichts anderes mehr geht!



Eigentlich kennt man solchen Nachrichten in x Varianten und denkt sich – wen interessiert schon der Relaunch einer Website? Außer denen, die sie selbst machen? Ist nicht viel wichtiger, was dort zu lesen ist?

Aber wir GRÜNE in Dortmund freuen uns trotzdem wie Bolle:

- über die neue Website,
- über den Facebook-Auftritt,
- über Open-Source-Software auf allen unseren Rechnern und
- über Freifunk am Königswall.

Warum? Es waren eine Menge Arbeit, gute Diskussionen und wie immer: die gute Überzeugung, das politisch Richtige auch im Kleinen konsequent umzusetzen. 😊

Die neue Internetseite geht in diesen Tagen online: schlanker, übersichtlicher, funktioneller und auch auf Mobilgeräte angepasst. Mit allen Themen, Ortsverbänden, Pressemitteilungen und Hintergrundinfos. Barrierefrei ist sie sowieso (Mehr dazu auf der rechten Seite).

GRUENE-DORTMUND.DE

Auch wenn manche schon seit 1980 oder länger mit Linux, Ubuntu, LibreOffice, Thunderbird, Telegram und so weiter arbeiten: wir jetzt eben auch – und konsequent! **Freie und quelloffene Software** ... Dank gilt hier besonders Christian Nähle und Till Schäfer für den langen Atem in dieser Angelegenheit.

W-LAN über **Freifunk** gibt es schon an vielen Stellen in der Stadt – wir fügen eine weitere Zone am Königswall hinzu. Für den barrierefreien und kostenlosen Zugang für alle ins Netz.

Viele von uns **facebookten** in ihren Funktionen schon sehr lange über GRÜNE Politik. Die Seite des Kreisverbands bündelt das GRÜNE Leben in Dortmund. Besten Dank an Lars Schümer, Justus Benke und Raphael Frebel.

FACEBOOK.COM/GRUENE-DORTMUND

Hei, da lächelt immer noch jemand müde? Dann vergesst nicht, das meiste läuft ehrenamtlich in der Freizeit von ein paar Leuten, die bis in die Haarspitzen GRÜN motiviert sind. Und eigentlich kümmern wir uns um gute GRÜNE Politik – und nicht um hübsche Fassaden.



HEINZ SCHRÖDER GEHT

Seine Internetanfänge gehen auf den Dortmunder Polizeikessel im Dezember 2000 zurück. Dass die Polizei knapp 600 Demonstrant*innen einkesselte, vorwiegend Jugendliche, ohne Wasser, ohne Toilette, ohne Nachrichten an die Eltern, erschütterte viele. Heinz Schröder aber sagte sich: „Das ist so ungeheuerlich, das muss man öffentlich machen!“ und schnappte sich ein Buch über HTML. Drei Tage später war die Seite online, jede Zeile von Hand programmiert und zunächst noch unter dem Domainnamen seines E-Mail-Postfachs. Nicht nur die WR verwies in ihren Zeitungsberichten stets auf ihn.

Kein Wunder, dass er auch zum GRÜNEN Neujahrsempfang eingeladen wurde. So kamen eins und eins zusammen, denn der Kreisvorstand hatte sich just entschlossen, auch ins Internet zu gehen. Noch während des Empfangs bildete sich ein Web-Team, um die Homepage zu entwerfen. Als sie stand, übernahm Heinz die Wartung und Pflege, mit dem Web-Team entwickelte er die Seite fort. Kurz danach kamen auch die Seiten der zwölf Ortsverbände. Einige davon pflegte Heinz, andere machten es selbst, bei wieder anderen füllte Heinz die Lücken als beständiger Fels. Immer pünktlich und verlässlich, mit hohem persönlichen Einsatz.

Die nächsten Stufen hießen Online-Wahlkämpfe und barrierefreies Internet. Zu letzterem hatte Heinz Standards eingeführt, als die meisten beim Stichwort „Barriere“ noch an Bahnschranke dachten. Er zeigte uns, wie wir dieses Ideal so weit und so gut wie möglich erreichen konnten. Zu den Wahlkämpfen 2009 und 2010 führte er dann beides im barrierefreien

Wahlportal zusammen. Nicht nur stellte er alle Infos aktuell zur Verfügung, sie waren auch für Screenreader optimiert. Keine Frage, dass die Seiten der Ortsverbände dem folgten. 2014 erhielten die Seiten zum Kommunal- und Europawahlkampf wieder ein neues Gesicht und die Portalstruktur wurde erneuert. Die Erfahrungen damit mündeten in einer erneuten Umgestaltung der Kreisverbandsseite Ende 2014, der letzten unter Heinz „Fittichen“. Schon lange drängte er auch auf die Transformation der Seite in ein Content Management System – denn bis jetzt hatte er weiterhin die gesamte Seite von Hand programmiert. Aus gesundheitlichen Gründen tritt Heinz nun kürzer. Das CMS kommt nun von anderen (siehe linke Seite).

Die Dortmunder Polizeikessel aber erfuhren ein jahrelanges juristisches und politisches Nachspiel. Beharrlich dokumentierte Heinz alle Informationen und Schritte. Am Tag vor der Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen schließlich sah man im Polizeipräsidium nach einem entsprechenden Richterbrief keine andere Möglichkeit mehr, als die Rechtswidrigkeit der beiden Polizeikessel anzuerkennen. Heinz Schröders Mitarbeit als Chronist und Öffentlichkeitsarbeiter dafür ist sicherlich die größere Leistung. Dass grue-dortmund.de auch von ihm betrieben wurde, ehrt uns GRÜNE sehr.

Danke, Heinz!



Heinz Schröder – Gestern & Heute
Pionier des „Immer-netts“



GRÜNE GESICHTER



JUSTUS BENKE

Justus Benke, 24 Jahre,
Innenstadt-Ost

Was machst du gerade?

Ich habe meinen Bachelor in Management and Economics gemacht und bin für ein Jahr beim Wuppertal Institut als wissenschaftlicher Mitarbeiter in einem Projekt zur Kreislaufwirtschaft.

Danach will ich weiter studieren, Sustainability Management, das geht wahrscheinlich in Oldenburg oder Lüneburg, leider nicht hier in Dortmund.

Und wie kamst du zu den GRÜNEN?

Ich hatte immer mal wieder gedacht, was mit Politik zu machen. 2016 war ich für ein Auslandssemester in Polen. Da merkte ich, wie wichtig das ist, sich zu engagieren, damit eine Gesellschaft nicht kippt. Ich überlegte lange, welche Partei die richtige für mich ist. Nach dem Bachelor schrieb ich dann eine Mail an den

Kreisverband. 20 Minuten später hatte ich eine Antwort von Peter Köhler. Er lud mich ein zum Vorstandstreffen am Donnerstag Abend.

Wie war der Einstieg?

Es war gut, ich konnte sofort mitdiskutieren, es wird da jeder ernst genommen. So wie im Wuppertal Institut, mit sehr flachen Hierarchien. Es entstand gerade eine Gruppe für Social Media, mit Lars und Raphael. Wir haben die Facebook-Seite entworfen, donnerstags vorgestellt – und jetzt läuft das. Ich hätte nicht erwartet, dass man so schnell etwas bewegen kann.

Hattest du vorher schon mal mit Politik zu tun?

Ja. Ich komme aus Selm und meine Mutter war dort im Stadtrat. Zu den GRÜNEN kam ich eigentlich durch meinen älteren Bruder. Er war 2012 im Kreis Unna Direktkandidat für den Landtag. Da hatte ich im Wahlkampf geholfen, Plakate aufhängen, Infostände und so. Danach machte ich erstmal keine Politik weiter. Das kam erst nach dem halben Jahr in Polen wieder. Aber der Wahlkampf in Unna hatte sehr viel Spaß gemacht. Einen Nachmittag sind wir durch Cappenberg gelaufen, haben in allen Straßen geklingelt und mit den Leuten diskutiert. Das war super spannend. Haustürwahlkampf werde ich jetzt auf jeden Fall wieder mitmachen.

facebook.com/gruene-dortmund

Das Interview führte Jens Woelki.



WELT RETTEN WAHL-KÄMPFEN

FÜR ALLE, DEREN HERZ GRÜN SCHLÄGT:

WAHL-AG

IMMER DONNERSTAGS UM 19.00 UHR IM BÜRO
DES KREISVERBANDS, KÖNIGSWALL 8

WEITERE INFOS BEI PETER KÖHLER,
TELEFON 0231 12 11 71 ODER (BESSER)

[INFO@GRUENE-DORTMUND.DE](mailto:info@gruene-dortmund.de)



Aufnahmeantrag

Ja! Ich will Mitglied in der Partei
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden.

Vorname Name

Straße Nr.

PLZ Ort

Telefon Mobil

E-Mail Fax

Geburtstag Geschlecht

Staatsangehörigkeit Beruf

Ich zahle einen Monatsbeitrag in Höhe von EUR*
Die Beitragszahlungen erfolgen jeweils im Voraus

Ich bin damit einverstanden, Einladungen und Infos
vornehmlich per E-mail statt per Post zu erhalten.

Das spart Zeit und Geld (bitte ankreuzen):

Ja Nein

Ich bin damit einverstanden, dass meine personenbezo-
genen Daten gespeichert/verarbeitet werden. Die Nutzung
erfolgt ausschließlich für satzungsgemäße Zwecke der Partei
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wie z.B. Beitragserhebung oder
Versand von Informationsmaterial. Andere Gebietsverbände
der Partei können zur Erfüllung der Zwecke Zugriff auf die
Daten erhalten. Eine Weitergabe an Dritte außerhalb der
Partei z.B. zu Werbezwecken findet nicht statt. Ich bin nicht
Mitglied einer anderen Partei.

Ort/Datum:

Unterschrift:

Einzugsermächtigung

mittels Lastschrift

Der Beitrag wird per Lastschrift eingezogen. Wir bitten um
Erteilung einer Einzugsermächtigung, die natürlich jederzeit
widerrufen werden kann.

Hiermit ermächtige ich

Vorname Name

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN widerruflich mittels Lastschrift
den Mitgliedsbeitrag

monatlich vierteljährlich jährlich

einziehen. Der Betrag geht zu Lasten meines Kontos,

IBAN

BIC

Ort/Datum Unterschrift

* Der Mitgliedsbeitrag ist ein wichtiges Fundament zur Finanze-
rung unabhängiger GRÜNER Politik und guter Serviceangebote für
Mitglieder. Er beträgt in der Regel 1 % des mtl. Nettoeinkommens
für Menschen mit steuerpflichtigem Einkommen.

Beiträge sind übrigens steuerabzugsfähig: Eine Beitragsquittung
(auch über Spenden) versendet die Partei automatisch jeweils am
Anfang des Folgejahres. Auch Mitglieder ohne steuerpflichtiges Ein-
kommen werden gebeten, mindestens 6 EUR im Monat zu zahlen.
Eine Ermäßigung bzw. Erhöhung des Beitrags kann jederzeit beim
örtlichen Kreis-/Ortsverband beantragt bzw. abgesprochen werden.

Vom Kreisverband auszufüllende Angaben:

Die oben benannte Person wurde am
im Kreisverband _____
Ortsverband _____
als Mitglied in der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufge-
nommen. Die Mitglieds-Nummer lautet _____
Eine Bestätigung an das neue Mitglied erfolgte am _____

Ort/Datum/Unterschrift des Kreis-/Ortsvorstandes _____

MITGLIED WERDEN KANN MAN AUCH GANZ EINFACH ONLINE UNTER: WWW.GRUENE.DE



FRAGEN? ANREGUNGEN? LUST, POLITIK IN DORTMUND MITZUGESTALTEN?

Sprecht uns an – wir freuen uns auf euch!

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Kreisverband Dortmund

Königswall 8 · 44137 Dortmund · Tel.: 0231/12 11 71 · Fax.: 0231/12 11 64

E-Mail: info@gruene-dortmund.de · Internet: www.gruene-dortmund.de

www.facebook.com/gruenedortmund

Öffnungszeiten: montags bis freitags von 10.30 bis 15.30 Uhr
donnerstags von 10.30 bis 19.00 Uhr

Kreisgeschäftsführer: Peter Köhler

Büromanagement: Veronika Edler

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Dortmund

Friedensplatz 1 · 44122 Dortmund · Tel.: 0231/50 220 78 · Fax: 0231/50 220 94

E-Mail: fraktion@gruene-do.de · Internet: www.gruene-do.de

Ansprechpartner*innen im Büro:

Sabine Pezely Fachbereiche Ökologie, Stadtplanung, Finanzen, Wirtschaft und Kultur

Stefan Neuhaus Fachbereiche Sozialpolitik, Bürgerdienste, Schule, Kinder und Jugend

Manuela Meyer Büromanagement

GRÜNE Jugend Dortmund

Königswall 8 · 44137 Dortmund

E-Mail: info@gjdo.de · Internet: www.gjdo.de

TERMINE

Alle Termine im Büro des Kreisverbands, Königswall 8

- | | | | |
|----|----------------|-----------|--|
| FR | 07. April 2017 | 19:30 Uhr | Diskussion mit Verena Schäffer
Ergebnisse des NSU-Untersuchungsausschusses des Landtags NRW |
| MI | 03. Mai 2017 | 19:00 Uhr | Mitgliederversammlung mit Beratung des Bundestagswahlprogramms |
| SO | 14. Mai 2017 | | Landtagswahl |
| MI | 17. Mai 2017 | 19:00 Uhr | Mitgliederversammlung zum Ausgang der Landtagswahl |

Alle Wahlkampftermine wie Infostände und Aktionen gibt's online unter www.gruene-dortmund.de

IMPRESSUM: GRINDO ist eine Publikation von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Dortmund • Königswall 8 • 44137 Dortmund (Herausgeber)
Tel. 0231 - 12 11 71 • info@gruene-dortmund.de

V. I. S. D. P.: Katja Bender (Sprecherin) und Remo Licandro (Sprecher).

FOTOS: Benito Barajas (Titel, 4, 6, 8, 10), Gerd Schmedes (2/3[Hintergr.], 13, 14/15,
16 o.l. & o.r., 17 o., 19 o. & u., 20), GRÜNE Dortmund (2 Portrait), GRÜNE NRW (12),
Peter Köhler (16 u.l.), Privat (17), Bryce Baker (18 o.).

Das Bild 18 u. ist von William Turner: Ovid Banished from Rome.

REDAKTION: Jens Woelki

LAYOUT, GRAFIK: Gerd Schmedes -> gabak artistic advice

DRUCK: Brasse & Nolte, Dortmund, April 2017

AUFLAGE: 1.500 Exemplare • Die Abgabe ist kostenfrei.

